

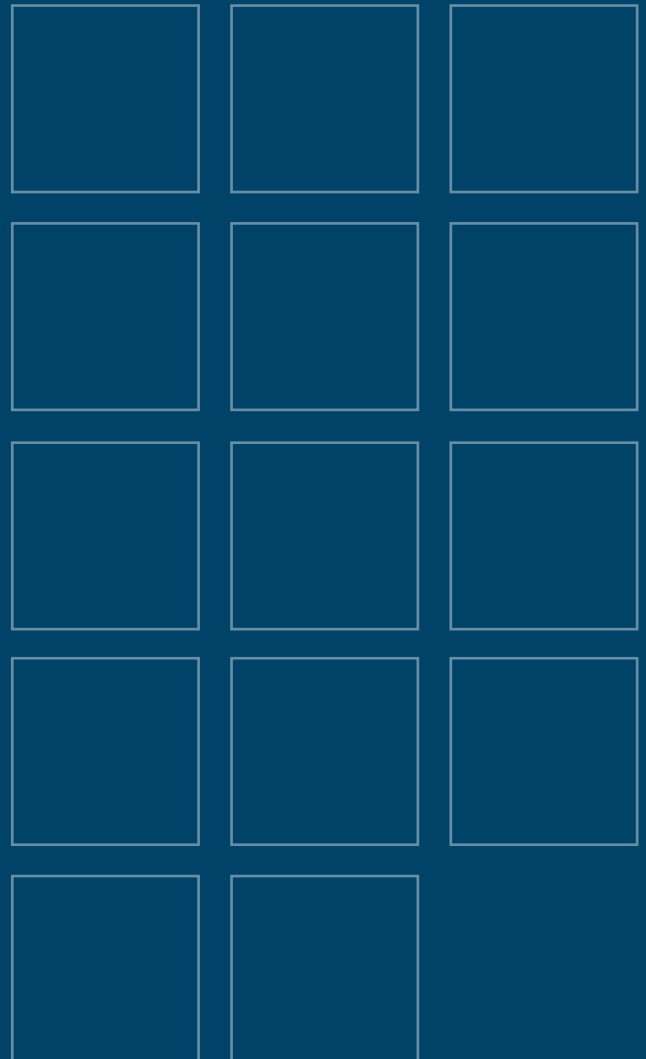


Bundesamt  
für Bauwesen und  
Raumordnung

ExWoSt-Informationen 34/2

# Migration/ Integration und Stadtteil- politik

Eine ExWoSt-Studie



Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

## Die Gretchenfrage

**Liebe Leserin,  
lieber Leser,**

vor wenigen Wochen hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung mit seiner neu erschienenen Studie „Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland“ für große mediale Aufmerksamkeit gesorgt. Einmal mehr ging es darum, zu zeigen, wie es um die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund hierzulande bestellt ist. Die Auswertung aus dem Mikrozensus und dem Sozioökonomischen Panel war vor allem auf Integrationsunterschiede nach dem Herkunftsland der Zuwanderer gerichtet. Zuvor hat die Bertelsmann-Stiftung mit einem Integrationsindex, der die Merkmale Bildung, Sprache und Teilhabe einschließt, ein Maß für den individuellen Integrationsstand vorgegeben.

Beide Studien versuchen, die Frage „Wie steht es mit der Integration?“ zu beleuchten und Klarheit darüber zu gewinnen, ob und wie weit 15 Millionen Einwohner mit Migrationshintergrund in Deutschland tatsächlich integriert sind, bei wie vielen dieser Menschen es Integrationsdefizite gibt und welche Integrationsaufgaben sich schließlich ergeben.

Offen bleibt jedoch, *wo* der Integrationsbedarf am größten ist. Eine erfolgreiche Integrationsstrategie – das ist inzwischen unbestritten - muss vor Ort ansetzen. Wo erreicht man aber Bürgerinnen und Bürger, die ungünstige Voraussetzungen für Integration mitbringen, also Bildungs-, Sprach- und Teilhabedefizite aufweisen?

Dies ist Thema der ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“. Es sind bestimmte Stadtteile/Quartiere, in denen Migrantinnen und Migranten mit unterdurchschnittlicher Qualifikation und Teilhabe, die eine Integration erschweren, gehäuft leben. Es sind Quartiere, die bauliche und infrastrukturelle Mängel aufweisen und im unteren Mietpreissegment anzusiedeln sind. Die Bewohnerinnen und Bewohner haben meist eine geringe Bildung und Qualifikation und sind - daraus resultierend - oft sozial und wirtschaftlich schwach. Die Kinder in diesen Stadtteilen besuchen Schulen mit hohen Migrantenanteilen. Die Lernleistungen liegen unter dem Durchschnitt.

Mit der Verzahnung verschiedener empirischer Quellen konnten in der Studie Stadtteile identifiziert werden, in denen der Integrationsbedarf besonders hoch ist. Eine gelingende Integrationspolitik muss in diesen Stadtteilen ansetzen, um mit ortsspezifischen Konzepten die Menschen in ihrem Lebensumfeld zu erreichen. Eine ganz besondere Herausforderung besteht in der Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, die aufgrund der schulischen Segregation in diesen Quartieren nachweislich geringere Bildungschancen haben und hinter dem allgemeinen Bildungsniveau zurück bleiben.

Die Fallstudie „Bildungsunterstützung in der Östlichen Innenstadt in Offenbach“ ist ein Beispiel für einen gelungenen Integrationsansatz in einem Stadtteil, der durch einen hohen Anteil an Migrantenkindern in einem sozialräumlich schwachen Wohnumfeld gekennzeichnet ist. Der Unter-

richts- und Betreuungsalltag wird durch Sprachschwierigkeiten, fehlende familiäre Bildungsunterstützung, geringe Entfaltungsmöglichkeiten und durch hohe Fluktuation geprägte Klassenzusammensetzungen erheblich belastet. Vielfältige Kooperationen und vor allem das persönliche Engagement des Schulleiters ermöglichen neue Chancen für bessere Bildung und Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen, auf deren Kompetenzen die Gesellschaft in Zukunft besonders angewiesen ist.

Weitere Fallstudien befassen sich mit sozialräumlichen Konzepten für die Weiterentwicklung der ethnischen Ökonomie und die umfassende Aufwertung eines Wohnstandortes sowie mit der Aktivierungsstrategie eines Landkreises für (kleinere) Kommunen, die auf diese Weise entsprechende kommunale Integrationskonzepte wirksam installieren können.

Darüber hinaus finden sich empirische Befunde und gute Beispiele aus der Studie in der vertieften Zwischenbilanzierung des Nationalen Integrationsplans in der Broschüre „Integration vor Ort“, die über [buergerinfo@bmvbs.bund.de](mailto:buergerinfo@bmvbs.bund.de) kostenfrei zu beziehen ist.

Mit der ExWoSt-Studie wird ein ExWoSt-Forschungsfeld vorbereitet, das der spannenden Frage nach sozialräumlicher Integrationspolitik und deren Umsetzung weiter nachgehen wird.

Es geht also weiter ...

  
Ihre  
MARTINA KOCKS

Ausgabe  
34/2 - 06/2009

- 02 *Vorwort*
- 04 *Sozialräumliche Erkenntnisse für Integrationsstrategien*
- 08 *Erfahrungen vor Ort – Fallstudien*
- 15 *Integrationsmonitoring – Ein Beispiel aus Wiesbaden*
- 18 *Anforderungen an sozialräumlich orientierte Integrationsarbeit*
- 20 *Impressum*

## Sozialräumliche Erkenntnisse für Integrationsstrategien

*Wohnräumliche Segregation ist ein empirisch nachweisbarer Befund. Die Auswirkungen wohnräumlicher Segregation sind dagegen nicht leicht zu erfassen. Dies erklärt, weshalb die sozialräumliche Herangehensweise bei kommunalen Integrationsstrategien bislang noch eine untergeordnete Rolle spielt. Die Untersuchungsergebnisse der ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ verweisen auf einen hohen Handlungsbedarf auf Quartiersebene. Sie sind in der Sonderbroschüre „Integration vor Ort. Der Nationale Integrationsplan – Eine Zwischenbilanz“ des BMVBS/BBSR für den ersten Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan ([www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)) zusammengefasst.*

### Integrationsdefizite in Quartieren

Es besteht kein Zweifel, dass die Ebene der Stadtteile, Wohnquartiere und Nachbarschaften eine wichtige Rolle für das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer am sozialen, ökonomischen und politischen Leben hat. Geeignete Strategien, Konzepte und Maßnahmen für den Sozialraum zu entwickeln, ist aufgrund der noch immer großen Unsicherheiten über die empirischen Grundlagen und kleinräumigen Befunde jedoch schwierig. Eine bundesweite sozialräumliche Berichterstattung auf Basis amtlicher Statistik im Sinne eines Integrationsmonitorings wird es auf absehbare Zeit nicht geben.

Aus diesem Grund sind Politik, Verwaltung und Forschung auf andere empirische Quellen oder auf kommunale bzw. regionale Einzelfallstudien angewiesen. Im Rahmen der ExWoSt-Studie wurde daher eine die amtliche Statistik ergänzende, bundesweite kleinräumige Analyse auf der Basis von Infas Geodaten und Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) durchgeführt. Darüber hinaus wurden fallstudienbezogene Erfahrungen aus Stadtteilen systematisch aufbereitet, um mehr Kenntnis von sozialräumlich ungleichen Entwicklungschancen von Migrantinnen und Migranten und damit der Gründe zu gewinnen, die zu mehrdimensionalen Überforderungen vor Ort führen. Daraus lassen sich wiederum Strategien für die Kommunen ableiten. Die exemplarischen Fallstudien hatten verschiedene inhaltliche Schwerpunkte.

Dazu zählen die Themen Wohnen, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, soziale und kulturelle Infrastruktur, Förderung der ethnischen Ökonomie und die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an Stadtplanung und Stadtentwicklung. Neben Interviews und Erhebungen vor Ort wurden einzelne Schwerpunktthemen in zwei Werkstattgesprächen mit den lokalen Akteuren sowie Experten aus Verwaltung und Forschung diskutiert.

### *Einfluss sozialräumlicher Segregation auf Integrationschancen*

Es gibt in jüngster Zeit eine Reihe von Untersuchungen, die sich mit dem Thema Integration und Integrationschancen in ganz unterschiedlicher Differenzierung befassen. Besondere Aufmerksamkeit hat beispielsweise die Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung „Ungenutzte Potenziale – Zur Lage der Integration in Deutschland“ gefunden. Einmal mehr wird darin die insgesamt unzureichende Bildungs- und Erwerbsintegration von Migrantinnen und Migranten beschrieben. Die Studie differenziert Indikatoren - auch in Kombination mit Auswertungen zu Generationsunterschieden - nach verschiedenen Herkunftsgruppen. Im Ergebnis sind Migrantinnen und Migranten einzelner Herkunftsregionen wie z.B. der Türkei im Durchschnitt deutlich schwächer integriert als Migrantinnen und Migranten anderer Herkunftsregionen. Was bei dieser wie bei vergleichbaren Studien nicht betrachtet wird, sind die sozialräumlichen Hintergründe und Wirkungszusammenhänge.

Die ExWoSt-Studie „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“ setzt hier an. Sie zeigt, dass die sozialräumliche Situation einen gravierenden Einfluss auf die Integrationschancen und damit auch auf die messbaren Indikatoren zur Integration einzelner Personen hat. Die Konzentration von Migrantenhaushalten in einzelnen Wohnquartieren ist auch nach der Herkunft der Migrantinnen und Migranten unterschiedlich. Die bundesweite Auswertung von Segregationskennziffern (rd. 2.700 Kommunen) belegt, dass die sozialräumliche Segregation von Haushalten mit türkischem Migrationshinweis fast durchweg deutlich höher ist als die sozialräumliche Segregation von Haushalten mit Migrationshinweis insgesamt. Dagegen ist die Segregation der Migrantengruppe mit osteuropäischem bzw. russischem Migrationshinweis geringer. Die Segregation der Migrantengruppe mit westeuropäischem Migrationshinweis zeigt sich in noch geringerem Ausmaß.

### *Mehrfache sozialräumliche Segregation*

Stark segregierte Wohnquartiere sind – so ein Untersuchungsergebnis – mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten mit schwierigen Integrationsvoraussetzungen und -chancen, insbesondere im Hinblick auf Bildung, Sprache und soziale Einbindung, verbunden. Mithilfe eines gewichteten Index zur Messung der Integrationsvoraussetzungen ist auf Basis von Auswertungen des SOEP in Kombination mit einer Auswertung nichtamtlicher Marktdaten untersucht worden,

wie sich Migrantinnen und Migranten hinsichtlich ihrer Integrationsvoraussetzungen auf unterschiedliche Nachbarschaftstypen verteilen. Fast zwei Drittel der Migrantinnen und Migranten mit sehr schwachen (insbesondere fehlende schulische Grundausbildung) und schwachen Integrationsvoraussetzungen (insbesondere geringe sprachliche und soziale Einbindung) leben in Wohnquartieren mit den höchsten Zuwandereranteilen. Sozialräumliche Segregation bedeutet daher nicht nur, dass in einzelnen Wohnquartieren mehr Migrantinnen und Migranten wohnen, sondern vor allem auch, dass ein größerer Anteil der Migrantinnen und Migranten in diesen Quartieren gegenwärtig schlechtere Integrationschancen hat. Gleichzeitig handelt es sich bei den stark segregierten Wohnquartieren mit einer schwachen ökonomischen Basis um städtebauliche eher problematische Quartiere wie Großwohnsiedlungen und einfache innerstädtische Altbauquartiere.

#### *Integrationsdefizite als Ursache oder Ergebnis sozialräumlicher Segregation?*

Im Ergebnis der Bestandsaufnahme sind es etwa 1.500 Gebiete in rd. 550 Kommunen, in denen hohe Migrantenanteile mit einer schwachen sozioökonomischen Basis kumulieren. Bei der Beobachtung dieser mehrfachen sozialräumlichen Segregation (einerseits höhere Konzentration an Migrantenhaushalten und andererseits höherer Anteil an Migrantinnen und Migranten mit schwachen Integrationsvoraussetzungen) drängt sich zwangsläufig folgende Frage

auf: Sind die schwierigen individuellen Ausgangssituationen in diesen Wohnquartieren das Resultat selektiver Wanderungen oder das Resultat mehrfacher Überforderungen? Selektive Wanderung meint dabei den stetigen Zuzug an Migranten mit schwächeren Integrationsvoraussetzungen und einen Fortzug von Migranten mit stärkeren Integrationsvoraussetzungen. Die multidimensionalen Überforderungen dieser Wohnquartiere sind definiert als das Zusammenspiel von besonderen Belastungen der Lebensqualitäten und Belastungen der individuellen Entwicklungschancen, insbesondere im Hinblick auf die Stagnation der Bildungsintegration einzelner Migrantengruppen in der zweiten und dritten Generation.

Beides scheint zuzutreffen. Die betrachteten Stadtteile mit hohen Migrantenanteilen haben hohe Fluktuationenkennziffern. Insbesondere die durchschnittlichen Zuzüge von außerhalb der Stadt sowie die durchschnittlichen Fortzüge innerhalb der Stadt sind deutlich höher als in Stadtteilen mit geringeren Migrantenanteilen. Dies spricht für die Durchgangssituation in den stark segregierten Wohngebieten, wobei bisher empirisch unklar bleibt, ob ein Großteil der Fortzüge tatsächlich „aufstiegsorientiert“ sind, oder ob es Umzüge innerhalb verschiedener segregierter Stadtteile sind.

Die untersuchten Wohnquartiere zählen zu den qualitativ unattraktiveren Wohnstandorten mit niedrigem Preisniveau im jeweiligen kommunalen Wohnungsmarkt. Die Konzen-

tration preiswerter Angebote auf wenige Quartiere in einer Kommune verstärkt selektive Umzüge. In etwa einem Viertel der betrachteten 550 Kommunen gibt es keine anderen Wohnquartiere, die ein gleiches oder auch preiswerteres Mietniveau haben. Hier wirken die kommunalen Wohnungsmärkte bzw. die städtebauliche Konzentration einfacher Wohnungsbestände sozialräumlich selektiv. Es ist nachgewiesen, dass auf der einen Seite ethnische soziale Netzwerke im Wohnumfeld sowie auf der anderen Seite auch diskriminierende Zugangsbarrieren einen hohen Stellenwert haben, die ebenfalls räumlich selektiv wirken. Neben der räumlich stärker mobilen Migrantenvölkerung, die „übergangsweise“ in den sozioökonomisch schwachen ethnischen Wohnquartieren lebt, gibt es eine stabile weniger mobile Migrantenbevölkerung, die „dauerhaft“ in den Wohnquartieren lebt.

#### **Bildungsungleichheit im Kontext von räumlicher Ungleichheit**

Dass die sozialräumliche Segregation als gravierende Integrationsbarriere wirkt, wird im Bereich der Bildung am deutlichsten sichtbar. Während der Einfluss fehlender sozialer Netzwerke oder sozialräumlicher Stigmatisierung auf Erwerbschancen von Migrantinnen und Migranten empirisch bedeutend schwieriger nachweisbar ist (z.B. durch Einzelfallstudien), ermöglichen Schuldaten vergleichsweise präzise Beobachtungen, wenngleich der „Datenschutz“ die bislang schwierigste Hürde einer systematischen empirischen Grundlage bildet. Weitgehend unbestritten sind bislang die

Erkenntnisse aus den PISA-Untersuchungen, wonach einerseits Kinder mit Migrationshintergrund und andererseits Kinder aus ökonomisch schlechter gestellten Haushalten signifikant schwächere Ergebnisse erzielen – trifft z.T. auf Kinder mit Migrationshintergrund beides zu.

In der ExWoSt-Studie wurde ergänzend ausgewertet, wie die Leistungsergebnisse in den PISA-Studien der Jahre 2000, 2003 und 2006 variieren, wenn die Zusammensetzung der Schülerschaft nach ethnischer Herkunft als zentraler Vergleichsfaktor betrachtet wird. Das durchschnittliche Kompetenzniveau aller getesteten Schülerinnen und Schüler, sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund, wird mit zunehmendem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an den Schulen deutlich geringer, sobald der Anteil der Schülerschaft mit Migrationshintergrund über etwa einem Drittel liegt. Berücksichtigt man den Zusammenhang zwischen der Schülerzusammensetzung nach Einkommenssituation der Eltern (sozial schwaches Einzugsgebiet der Schule) und dem Migrationshintergrund der Schülerinnen und Schüler (ethnisches Einzugsgebiet der Schule), zeigt sich, dass die ethnische Segregation einen noch höheren Einfluss auf das durchschnittliche Kompetenzniveau der Schülerinnen und Schüler hat als die soziale Schichtung bzw. die Einkommensungleichheiten der Eltern. Gleichwohl bildet die soziale Schichtung nach wie vor eine Entwicklungsbarriere, die durch ethnische Segregation an den öffentlichen Schulen erheblich verstärkt wird. Dies bestätigen auch

internationale Auswertungen der PISA-Daten bestätigen. Danach bleiben nach sozioökonomischen Kriterien korrigierte Bildungsergebnisse von Migrantinnen und Migranten unter den durchschnittlich erzielten Bildungsergebnissen.

Diese Ergebnisse verdeutlichen den hohen Stellenwert, der einer sozialräumlichen ressortübergreifenden Integrationspolitik zukommt. Denn das Ausmaß der Ungleichverteilung von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund in den Schulen ist wesentlich höher als die zu Grunde liegende wohnräumliche Segregation von Migrantinnen und Migranten, wie die im Rahmen der ExWoSt-Studie erfolgte Auswertung der Schulzusammensetzung von rund 13.400 Grundschulen zeigt. Gemessen an dem Status der Staatsangehörigkeit konzentrieren sich Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund innerhalb der Grundschulen einer Stadt noch stärker in einzelnen Schulen als die Migrantenhaushalte in einzelnen Wohnquartieren. Hier stellt sich die Frage, warum dies so ausgeprägt ist. Eine Vermutung ist, dass das selektive Schulwahlverhalten deutscher Elternhaushalte, von dem Kommunalverwaltungen häufig berichten, die sozialräumliche Segregation noch verstärkt. Ein weiterer Grund liegt darin, dass Migrantenhaushalte durchschnittlich höhere Kinderzahlen aufweisen.

#### *Wohnortwahl von Familien verstärkt ethnische Segregation*

Neben der ethnischen Segregation ist die innerstädtische Wohnortwahl

von Familien mit Kindern entscheidend. Auswertungen der Daten der Innerstädtischen Raumbearbeitung (IRB) des BBSR für mehr als 1.000 beobachtbare Stadtteile zeigen, dass Familien mit Kindern sich sowohl bei Migrantinnen und Migranten (hier Ausländer und Doppelstaatler) als auch bei Deutschen räumlich ungleich in den Stadtgebieten verteilen. Für beide Gruppen gibt es Stadtteile, in denen sie sich stärker bzw. schwächer konzentrieren. Allerdings konzentrieren sich die Familien ohne Migrationshintergrund durchschnittlich in anderen Stadtteilen als die Familien mit Migrationshintergrund. Die stark ethnisch segregierten Wohngebiete, wie die im Rahmen der Studie identifizierten 1.500 Gebiete, sind daher in der Summe nicht kinderreicher als der Durchschnitt aller Stadtteile. Allerdings ist der Migrantenanteil insgesamt höher und zugleich ist der Kinderanteil bei den Migrantenhaushalten in den stärker segregierten Stadtteilen etwas höher als in den weniger segregierten Stadtteilen. Bei den deutschen Haushalten verhält es sich umgekehrt. Hier ist der Kinderanteil in den Stadtteilen mit geringen Migrantenanteilen überdurchschnittlich hoch, während der Kinderanteil der deutschen Haushalte mit der Zunahme des Migrantenanteils im Stadtteil etwas geringer wird. Differenziert man die Stadtteile mit den höheren Migrantenanteilen nach der stadträumlichen Lage, wird der Unterschied noch größer. In der City sowie in den Cityrandlagen ist der Kinderanteil insgesamt sehr viel geringer als in den übrigen Stadtteilen.



Im Ergebnis der ethnischen Segregation sowie der unterschiedlichen Wohnortmuster von Familien liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bereits auf der Stadtteilebene deutlich über dem Migrantenanteil insgesamt. Auf der Quartiersebene ist die räumliche Differenzierung noch stärker ausgeprägt. Amtliche Datengrundlagen zum Migrantenanteil unter den Kindern in

den 1.500 Gebieten gibt es nicht, aber die Analogierechnungen mit IRB-Daten und Mikrozensus lassen darauf schließen, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund von über 60 % bis weit über 90 % reichen.

Eine Neuorientierung frühkindlicher Erziehung und schulischer Bildung wird in den vergangenen Jahren zunehmend intensiver diskutiert. Aus

integrationspolitischer Sicht bieten dabei gerade die Konzepte und Strategien, die an den bestehenden sozialräumlich ungleichen Entwicklungschancen ansetzen, ein großes Potenzial, die zentralen Zielsetzungen der Integrationspolitik dauerhaft positiv zu erreichen.

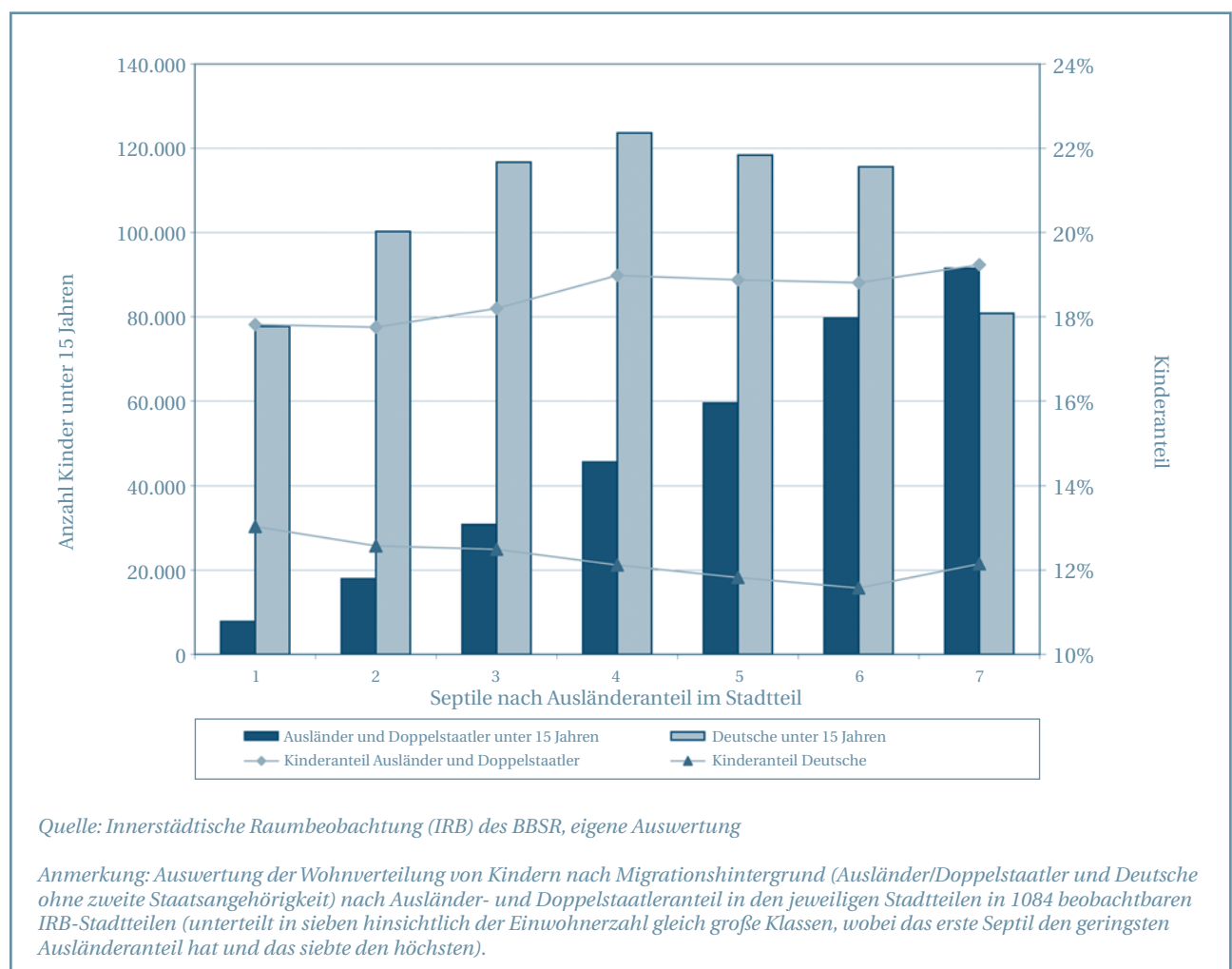


Abbildung 1: Wohnverteilung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund in über 1.000 Stadtteilen 2004

## Erfahrungen vor Ort – Fallstudien

*Integration ist für viele Kommunen und Landkreise ein relevantes Thema. In den letzten Jahren wurden vielerorts übergeordnete und/oder wohnquartiersbezogene Integrationskonzepte entwickelt. Im Rahmen dieser ExWoSt-Studie wurden 13 Wohnquartiere und zwei Landkreise vertiefend untersucht, in denen die quartiersbezogenen Maßnahmen jeweils in eine kommunale Gesamtstrategie eingebunden sind. Zu den näher dargestellten Fallstudien zählen drei Altbauquartiere in Offenbach, Dortmund und Wiesbaden sowie der Landkreis Düren. Es fließen Beiträge von Vertretern der Fallstudien ein, die im Rahmen eines Werkstattgesprächs am 1. Dezember 2008 in Wiesbaden ihre jeweiligen Ansätze vorgestellt haben.*

### Bildungsunterstützung in der Östlichen Innenstadt in Offenbach

*Erziehung und Bildung haben eine Schlüsselfunktion für die Quartiersentwicklung*

Schulen und Kindergärten mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund in einem sozial-räumlich schwachen Wohnumfeld stehen vor besonderen Herausforderungen. Der Unterrichts- und Betreuungsalldag wird dort u.a. durch Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache, unterdurchschnittliche familiäre Bildungsunterstützung, geringe Entfaltungsmöglichkeiten und sich ständig verändernde Klassen- und Gruppenzusammensetzungen erheblich belastet. Daher kommt Bildungs- und Betreuungseinrichtungen eine Schlüsselfunktion in benachteiligten Quartieren zu. Häufig erschweren verschiedene Ebenen der Zuständigkeit systematische Handlungsansätze – vor allem an den Schulen. Am Beispiel der Mathildenschule und der Kindertagesstätte 04 in Offenbach wird ein Ansatz skizziert, der vor allem auf vielfältige Kooperationen setzt.

### Die Östliche Innenstadt als Beispiel mehrfacher Segregation

Die Mathildenschule, eine Grund-, Haupt- und Realschule mit Förderstufe und Ganztagsangebot, und die Kindertagesstätte 04 liegen im Offenbacher Stadtteil Östliche Innenstadt, der überwiegend von gründerzeitlicher Wohnbebauung geprägt ist. Das Gebiet ist dicht bebaut. Die Straßen sind eng und die Spielplätze knapp. Hier gibt es viele einkommensschwache

Haushalte, zahlreiche Bewohner sind arbeitslos. Sozial und ökonomisch stabile Haushalte wandern ab. Von den insgesamt etwa 13.000 Einwohnern haben 52 % einen Migrationshintergrund. An Kita und Schule liegt der Migrantenanteil der Kinder und Jugendlichen insgesamt bei über 90 %. Die soziale Situation und die hohe Fluktuation im Stadtteil wirken sich in besonderem Maße negativ in Schule und Kindertageseinrichtungen aus.

### Kooperation als Strategie der Mathildenschule

Mittels zusätzlicher Angebote und ergänzender Unterstützungsleistungen soll die Bildungssituation in der Östlichen Innenstadt verbessert werden. Ein wichtiger Schritt war der Neubau der Kindertagesstätte 04

gegenüber der Mathildenschule. Die beiden Einrichtungen liegen in räumlicher Nähe, wodurch die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kindertagesstätte erleichtert wird. Es gibt z.B. ein Patenprogramm, bei dem Kita-Kinder jeweils von einem Schüler betreut werden.

Die Mathildenschule arbeitet nach einem Konzept, das insbesondere die Förderung des Spracherwerbs und die Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten von der Schule in den Beruf vorsieht. Dazu zählen z.B. herkunftssprachlicher Unterricht und Berufsprojektklassen. Die Zusatzleistungen werden häufig über außerschulische Kooperationsprojekte erbracht. Unterstützt durch das Jugendamt und das Sozialdezernat der Stadt Offenbach konnten Ganztagsangebote realisiert werden.



Migrantenquartier Östliche Innenstadt (Foto: Stadt Offenbach)



„Beispielsweise gibt es nun in den Jahrgangsstufen 5 und 6 jeweils eine Klasse, die bis mindestens 15:30 Uhr arbeitet. In den höheren Stufen werden mit einer zusätzlichen Stunde besonders intensiv Maßnahmen zur Berufsorientierung durchgeführt“ erklärte Herr Hengel, Schulleiter der Mathildenschule. Die vielfältigen Betreuungs- und Förderangebote sowie umfangreiche außerschulische Kooperationen der Mathildenschule haben dazu beigetragen, dass sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, in den vergangenen Jahren sukzessive verringert hat. Angesichts der unverändert schwierigen sozialen Rahmenbedingungen ist dies ein zentraler Erfolg der Stadtteilentwicklung.

#### Weiterer Unterstützungsbedarf

Die Erfolge wären jedoch ohne die enge Zusammenarbeit zwischen zahlreichen Institutionen nicht eingetreten. Im Fall der Ganztagsklassen waren u.a. das Jugendamt und der Förderverein der Mathildenschule maßgeblich beteiligt. Das Management der Kooperationen mit kommunaler Verwaltung, freien Trägern, dem Förderverein usw. erfordert ein hohes Engagement und einen zusätzlichen Aufwand schulischer Ressourcen. Bei der Bewältigung dieser Managementaufgaben wären aus Sicht des Schulleiters organisatorische Hilfestellungen wünschenswert. Weitere Unterstützung fordert er z.B. im Hinblick auf eine bessere Abstimmung

der Aufgaben und Vorhaben zwischen Land und Kommune, Kultus- und Sozialministerium sowie verschiedenen Ämtern der Kreise und Städte.



Spielen und Lernen in der Kita 04 (Foto: empirica)

### Netzwerkbildung bei ethnischen Unternehmen in der Dortmunder Nordstadt

#### Chancen und Hemmnisse der ethnischen Ökonomie im Stadtteil

Die ethnische Ökonomie bietet gerade in Stadtteilen mit hohen Migrantenanteilen sowohl Entwicklungschancen für die lokalen Arbeitsmärkte als auch für die Differenzierung der Versorgungs- und Dienstleistungsangebote vor Ort. Seit Beginn der 1980er Jahre nehmen die Zahl und der Anteil ausländischer Selbstständiger stetig zu und somit auch deren volkswirtschaftliche Bedeutung. Inzwi-

schen gibt es z.B. fast 71.000 türkische Unternehmen in Deutschland, die rund 32,7 Mrd. Euro Umsatz erzielen. Die ethnische Ökonomie bietet viele Potenziale, darunter bislang ungenutzte Ausbildungsmöglichkeiten oder auch Imagepotenziale durch eine Inwertsetzung des Faktors Internationalität. Gerade in den schwierigen und wirtschaftlich schwächeren Stadtteilen bieten ethnische Unternehmen ein wichtiges Potenzial zur Stärkung der lokalen Ökonomie. Zudem spielen sie wegen der hohen Gründungsbereitschaft und ihrer sozialen Solidarität eine bedeutende Rolle. Gleichwohl können die Potenziale häufig nicht genutzt werden, da

bestimmte Aspekte der ethnischen Unternehmerlandschaft eine hemmende Wirkung auf die Entwicklung haben. Dazu zählen z.B. der Mangel an kaufmännischen Kompetenzen, fehlende Standortmarketingansätze und schwach ausgeprägte Unternehmenskooperationen. Herr Aver, Zentrum für Türkeistudien Essen und Projektbearbeiter im URBAN II-Projekt zur ethnischen Ökonomie in Dortmund, nannte in seinem Vortrag bei dem Werkstattgespräch im Dezember 2008 weitere Hemmnisse wie z.B. Beratungsresistenz von Unternehmern, Sprachschwierigkeiten, geringe fachliche Qualifikationen und Branchenkenntnisse sowie fehlender Zugang zu Institutionen wie der Wirtschaftsförderung.

#### Netzwerkbildung als Baustein der stadtteilbezogenen Wirtschaftsförderung

Die Dortmunder Nordstadt ist eines der größten Altbaugebiete des Ruhrgebiets. Der Stadtteil hat 53.500 Einwohner, 58 % von ihnen mit Migrationshintergrund. Viele der jungen Migrantinnen und Migranten haben einen schlechten oder keinen Schulabschluss und sind arbeitslos. Demgegenüber bietet die lokale Wirtschaftsstruktur ein großes Potenzial für Beschäftigung und soziale Integration. Etwa ein Viertel aller 3.500 Handels-, Dienstleistungs- und Gastronomiebetriebe sind ethnisch geführt. Dazu zählen nicht nur Einzelhandels- und Gastronomiebetriebe, sondern insbesondere auch Dienstleistungsbetriebe wie Ärzte und andere Gesundheitsdienstleistungen, Finanzdienstleistungen, Immobilienbüros usw. (vgl. Abbildung).

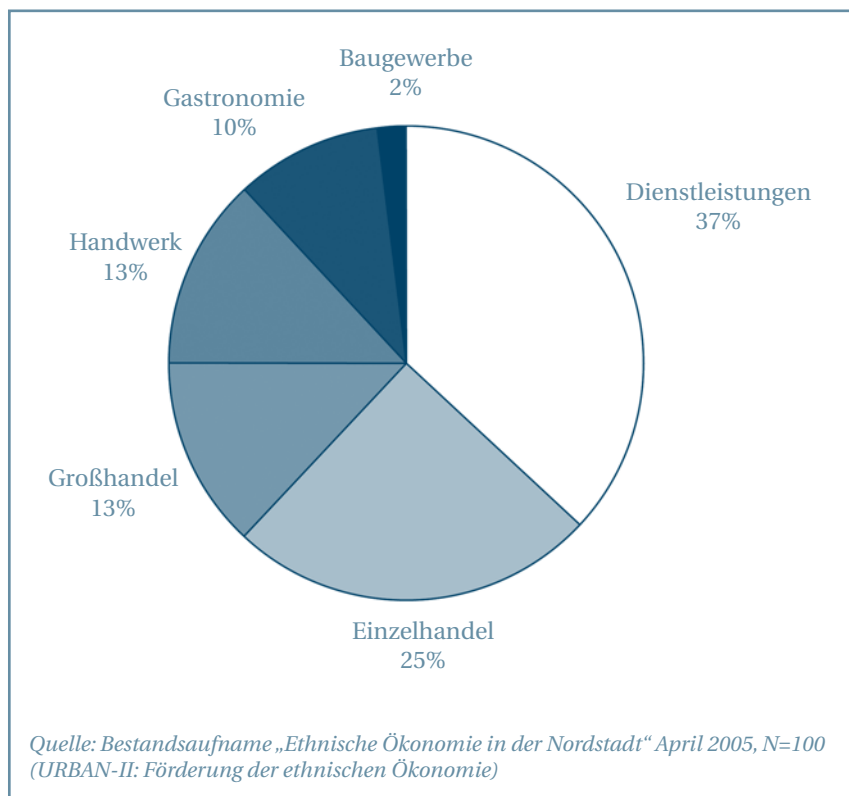


Abbildung 2: Branchenverteilung in der Nordstadt

Um dieses Potenzial auszuschöpfen, wurde im Rahmen des Projekts „Förderung der ethnischen Ökonomie“ der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN-II ein Bündel an Maßnahmen initiiert und durchgeführt, darunter z.B.:

- Einzel- und Gruppenberatungen, Seminare für Unternehmer und Unternehmensgründer
- Systematische Standortakquise durch gezielte Ansprache von Unternehmen
- Standortmarketing und Imageförderung mit dem Thema Internationalität
- Qualifizierungsseminare
- Öffentlichkeitsarbeit (Pressearbeit, Veranstaltungen)
- Netzwerkarbeit

Die Schwerpunkte der Projektarbeit lagen im Aufbau von Netzwerkverbindungen und in der gezielten

#### Gründungsbeispiel Physiotherapie Balancée

Vor allem ältere Menschen mit Migrationshintergrund, insbesondere Frauen, haben häufig Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache. Die Sprachbarriere führt zu Schwierigkeiten bei der Verständigung z.B. zwischen Ärzten und Patienten. Gerade wenn es um Diagnose und mögliche Therapien geht, ist ein Austausch besonders wichtig. Basierend auf diesen Erfahrungen wurde 2005 eine mehrsprachige Physiotherapie-Praxis mit dem Namen Balancée gegründet, die ihre Patienten mehrsprachig empfängt. Derzeit arbeiten in der Praxis Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die deutsch, türkisch, arabisch, bosnisch und polnisch sprechen. Zusätzlich sind kulturelle Kompetenzen erforderlich, um das Vertrauen der Patienten zu gewinnen. Auf dieser Basis werden die Physiotherapeuten auch zu Beratern in Alltagsdingen und geben bspw. Hilfestellungen beim Ausfüllen von Formularen. Durch die Unternehmensgründung konnten drei Vollzeitstellen und zwei Stellen für Aushilfskräfte geschaffen werden. Die Existenzgründung wurde durch die Kommune finanziell und durch die Wirtschaftsförderung und das URBAN-II-Projektbüro beratend unterstützt.

Ansprache und Begleitung von ethnischen Unternehmen. Es wurde Wert darauf gelegt, Unternehmen

anzusiedeln, die Produkte und Leistungen über den Stadtteil hinaus „exportieren“. Projektbegleitend wurde ein Netzwerk ethnischer Unternehmen aufgebaut, das mit dem lokalen Unternehmerverein DOGIAD, Kooperationspartner der Wirtschaftsförderung, zusammengeführt wurde.

Wie wichtig Ansätze zur Stärkung der Selbständigkeit auch aus arbeitsmarktpolitischer Sicht sind, zeigen Auswertungen des Mikrozensus im Vergleich zwischen 2000 und 2006. Gerade bei der türkischen Bevölkerung ist die Erwerbstätigenentwicklung insgesamt in diesem Zeitraum in Dortmund rückläufig, während die Zahl der Selbständigen kräftig gewachsen ist. Der Anteil der selbstständigen türkischen Erwerbspersonen ist in dem Zeitraum von 3 auf 12 % gestiegen und liegt mittlerweile über dem Selbständigenanteil der Stadt Dortmund von rd. 10 %.



Dienstleistungsbetriebe von Migranten in Dortmund  
(Foto: empirica)



### **Umfassende Aufwertung eines Wohnstandortes in Wiesbaden Biebrich Südost**

#### *Förderung der Integration durch Gebietsentwicklungsstrategien*

Um die Akzeptanz von Stadtteilen mit vielschichtigen Defiziten und Problemlagen bei den Bewohnerinnen und Bewohnern zu erhöhen, ist eine integrierte Gebietsstrategie erforderlich, die sowohl bauliche als auch soziale Maßnahmen umfasst und die Bewohnerinnen und Bewohner sowie weitere Akteure von Beginn an einbezieht. Insbesondere die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements kann im Idealfall zu einer nachhaltigen Aufwertung des Stadtteils beitragen und bildet schließlich die Basis für die Erprobung innovativer Ansätze, z.B. im Bereich Bildung und Nachbarschaftsentwicklung.

#### *Schlechte Rahmenbedingungen vor allem für Migrantenfamilien*

Im Süden der Stadt Wiesbaden, in der Nähe des Rheins, liegt das Stadtquartier Biebrich Südost. In dem historisch durch Großindustrie und Handwerk geprägten Quartier dominieren gründerzeitliche Altbauten, ergänzt durch mehrgeschossige Zeilen der 1930er bis 1960er Jahre. Soziale und bauliche Defizite prägten lange Zeit das Negativbild des Stadtteils und führten zu einer geringen Akzeptanz als Wohnstandort. Mehr als die Hälfte der etwa 4.000 Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Fehlende Deutschkenntnisse und geringe soziale Kontakte, gerade bei zugewanderten Frauen, häuften sich. Es fehlten

größere Wohnungen für Familien mit Kindern sowie ergänzende Angebote für Kinder. Besonders ungünstig entwickelte sich der Bereich um das ungenutzte Gewerbegelande BauHof im Zentrum des Quartiers mit negativen Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Gleichzeitig bot diese Brachfläche ein großes Entwicklungspotenzial, da mit der Lage am Rhein und urbanen Qualitäten die Rahmenbedingungen für ein attraktives Wohnen gegeben sind.

#### *Umfassende Aufwertung*

Den Schwerpunkt der Gebietsentwicklung bildet die Umgestaltung des ehemaligen BauHofs zu einem Quartierszentrum. Der BauHof bietet heute eine Palette an kulturellen und sozialen Angeboten und hat sich zu einem zentralen Anlaufpunkt für Familien im Wohnquartier ent-

wickelt. Besonderes Anliegen ist die Stärkung der Selbstorganisation und die Förderung aktiver Beteiligung der Bewohnerschaft. Vor allem die Kinder bilden hier ein wichtiges Binde- und Verknüpfungsglied zwischen den Eltern, den sozialen Einrichtungen und anderen Familien im Gebiet. Das Quartierszentrum versteht sich als Impulsgeber für weitere Ansätze im Stadtteil und begleitet diese professionell. In Zusammenarbeit mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie anderen Einrichtungen und Institutionen im Quartier sind weitere Projekte entstanden. Dazu zählt z.B. das Patinnenprojekt „Gemeinsam leben in Biebrich – Patenschaften im Stadtteil“. Qualifizierte Patinnen mit Migrationshintergrund sollen Neubewohnern das Einleben in Biebrich erleichtern. Die Patinnen konnten über das Frauennetzwerk am BauHof akquiriert werden. In Lehrgängen ha-



*Platz für gemeinschaftliche Aktivitäten (Foto: empirica)*

ben sie sich zu verschiedenen Alltagsthemen Fachkompetenzen angeeignet, um sie dann an Migrantinnen und Migranten jeglicher Altersgruppen und Herkunft weiterzugeben. Projektpartner bei der Qualifizierung sind insbesondere Schulen, Kindergärten, Jugendzentrum, Sozialdienste und ein Nachbarschaftshaus. Darüber hinaus gibt es das Projekt „Fit für Schule“ (Elternkurse zu verschiedenen Themen und Treffpunkt an der Quartiersschule), Deutschkurse für Mütter und ein Qualifizierungsprogramm für Frauen im Hinblick auf professionelle Kinderbetreuung.

Ein wichtiger Teil der Aufwertungsstrategie war die bauliche Erneuerung der Wohngebäude der Wohnbaugesellschaft GeWeGe in direkter Nachbarschaft zum BauHof. Die Sanierung und Anpassung der Wohnungen, insbesondere die Zusammenlegung

von kleinen Wohnungen zu großen Familienwohnungen sowie die Aufwertung des Außenraumes wurden in Zusammenarbeit mit allen Bewohnerinnen und Bewohnern durchgeführt. Parallel erfolgte in Kooperation mit dem Wohnungsunternehmen und dem Wohnungsamt ein vom Quartiersmanagement gesteuertes Umzugsmanagement, um die Bewohnerzusammensetzung stärker zu durchmischen. Heute leben hier überwiegend Familien mit Kindern unterschiedlicher Herkunft.

Mit den sozialen und kulturellen Angeboten des BauHofs, der Erneuerung der angrenzenden Wohngebäude zu Familienwohnungen sowie den initiierten Folgeprojekten hat der Stadtteil als Wohnstandort an Akzeptanz gewonnen. Zudem wurden Kommunikationsbarrieren in der Nachbarschaft überwunden und die Bil-

dungssituation verbessert, vor allem für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund. Durch die vielfältigen Angebote und Möglichkeiten sich einzubringen, wurde Engagementbereitschaft geweckt und für stadtteilbezogene Aktivitäten gewonnen.



Modernisierte Wohnungen am BauHof (Foto: empirica)



**Aktivierung der Kommunen durch den Landkreis Düren**

*Zur Rolle von Integrationskonzepten in kleinen Kommunen*

In kleineren kreisangehörigen Städten ist die Integrationsarbeit als eigenes Themen- und Aufgabengebiet häufig noch nicht in gleicher Weise präsent wie in den Großstädten. Politische Aufmerksamkeit und Interventionsbereitschaft hängen dabei zu einem großen Teil von der Vermittlung der Integrationsaufgaben an die Politik ab. Dies setzt eine fundierte Analyse und Aufbereitung der Aufgaben für die Politik voraus, die gerade für kleinere Kommunen schwieriger sein kann. Die Landkreise können hier eine wichtige Funktion als Impulsgeber und Wegbereiter für die kommunale politische Aufmerksamkeit einnehmen.

*Aktivierungsstrategie für Kommunen*

Der Landkreis Düren hat ein Integra-

tionskonzept auf Kreisebene erstellt. Es wurde 2006 in Form von Leitlinien vom Kreistag verabschiedet. Die Initiative ging von den Wohlfahrtsverbänden vor Ort aus, die im Bereich Migration und Integration aktiv sind und ein größeres Engagement der Kommunen einforderten. Die Erarbeitung wurde u.a. durch Landesmittel gefördert. Mit dem Integrationskonzept verfolgt der Landkreis das Ziel, die Integrationsproblematik systematisch aufzubereiten, um damit eine Diskussion in den Kommunen des Kreises anzuregen. Daher war es von großer Bedeutung, dass die Kommunen und andere relevante Akteure konsequent in die Erarbeitung des Konzeptes einbezogen und auf diesem Wege aktiviert wurden. Im Mittelpunkt stand die Identifizierung der Potenziale und Anknüpfungspunkte in den Kommunen. So wurde z.B. erstmals das wirtschaftliche Potenzial der rund 1.300 ausländischen Unternehmen im Kreis sichtbar. Der strategische Ansatz umfasst folgende Aspekte:

- schnelles Ergebnis präsentieren,
- möglichst viele Akteure einbinden,
- Potenziale erkennen und nutzen,
- Kommunen beteiligen,
- positive Nachrichten produzieren.

Die Migrationsbeauftragte des Kreises, Sybille Haussmann, übernimmt bei der Umsetzung der Leitlinien eine umfassende Unterstützungs-, Beratungs- und Vernetzungsfunktion: Sie bietet den Ämtern der Kreisverwaltung Hilfestellungen bei der Umsetzung der Leitlinien und begleitet die Kommunen bei der Entwicklung eigener Strategien. Zudem berät sie Institutionen, Wohlfahrtsverbände, Vereine und Kirchen bei der Umsetzung von Integrationsprojekten, unterstützt Migrantenselbstorganisationen und vermittelt Ansprechpartner und Beratungsstellen an Migrantinnen und Migranten (vgl. Abbildung 3).

*Erste Erfolge*

Mit den Aktivitäten des Landkreises ist es gelungen, die Kommunen zu eigenen Ansätzen und sozialräumlich ausgerichteten Aktivitäten zu motivieren. Die Städte Düren und Jülich haben den Handlungsdruck gegenüber der Politik aufgezeigt und sind mit eigenen Ressourcen verstärkt in die kommunale Integrationsarbeit eingestiegen. Es konnten neue Akteure gewonnen werden, auch auf Seiten der Zivilgesellschaft. Zu den Erkenntnissen des Entwicklungsprozesses gehört die Erfahrung, dass es eine klare Trennung zwischen Aufgaben des Kreises und der Kommunen geben muss, wobei der Kreis eine unterstützende Funktion hat.

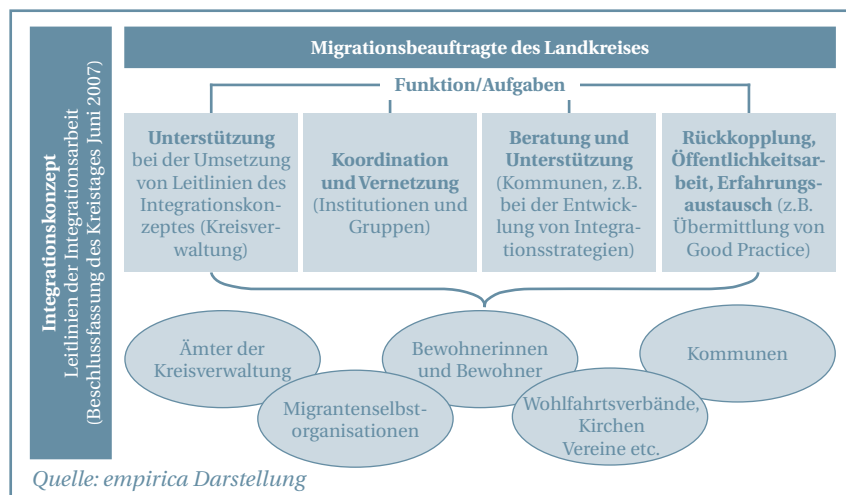


Abbildung 3: Organisationsstruktur der Integrationsarbeit im Landkreis Düren

## Integrations- monitoring – Ein Beispiel aus Wiesbaden

*Fast alle Kommunen sind mit der Aufbereitung von Datengrundlagen im Hinblick auf Integration beschäftigt und stoßen dabei auf vergleichbare Hürden und Hemmnisse. Daher sind die Erfahrungen in Städten, die wie Wiesbaden bereits seit längerer Zeit mit einem Integrationsmonitoring arbeiten, besonders wertvoll.*

### *Systematische Erfassung von Integrationsprozessen*

Die Beobachtung des Integrationsprozesses und die Identifizierung von Integrationsaufgaben ist in allen Kommunen erforderlich, um mit passgenauen Maßnahmen vor Ort steuernd eingreifen zu können. Allerdings sind der Aufbau und die Etablierung eines kontinuierlichen Monitorings zur systematischen Erfassung des Integrationsprozesses, mit dem auch stadtteilbezogene Entwicklungen im Zeitverlauf sichtbar werden, für viele Städte eine große Herausforderung.

### *Aufbau und Einbettung des Integrationsmonitorings in Wiesbaden*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat 2002 damit begonnen, ein Integrationsmonitoring aufzubauen. Es ist Bestandteil des kommunalen Integrationskonzeptes. Das Monitoring dient dazu, den Stand des Integrationsprozesses und dessen Entwicklung regelmäßig aufzuzeigen. Es fungiert als Kontroll- und Frühwarnsystem, soll aufmerksam machen und die Politik sensibilisieren. Ziel ist es aufzuzeigen, in welchen Bereichen Integration erfolgreich verläuft und in welchen sie nicht den gewünschten Verlauf nimmt. Bei dem Werkstattgespräch im Dezember 2008 im Rahmen des Forschungsprojektes stellte Herr Burgmeier vom Einwohner- und Integrationsamt der Landeshauptstadt Wiesbaden die Vorgehensweise und Erfahrungen mit dem Monitoring vor.

Ziel der Integrationspolitik in Wiesbaden ist es, Migrantinnen und Mi-

granten eine gleichberechtigte Teilhabe im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben zu ermöglichen. Vor diesem Hintergrund wird ein jährlicher Integrationsbericht für die einzelnen Handlungsfelder erarbeitet. Das Integrationsmonitoring des Amtes für Statistik und Stadtforschung bildet hierfür die Grundlage. Der Stand der Integration wird dabei anhand von Indikatoren in vier Dimensionen gemessen:

- Strukturelle Integration (Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt)
- Kulturelle Integration (z.B. Geburtenrate, Haushaltsgröße, Spracherwerb etc.)
- Soziale Integration (Aufenthaltsdauer, Einheiratsquote)
- Identifikatorische Integration (Einbürgerung)

Das Integrationsmonitoring verfolgt als gesamtstädtisches Konzept keine Differenzierung auf Stadtteilebene. Hierzu wird eine weitere Ebene des Monitorings einbezogen, die Beobachtung zur Siedlungsentwicklung. Diese bildet sozialräumliche Strukturen ab und liefert Entwicklungsanalysen als Grundlageninformationen. Strategische Anhaltspunkte liefern z.B. die Wohnungsbelegungsdichte oder die Anzahl der Haushalte, die demographische Entwicklung und die Fluktuation. Zusätzlich gibt es seit 2005 ein Bildungsmonitoring, das Indikatoren zur Früh- und Elementarbildung, den Übergängen, Schulabgängern etc. enthält.

Insgesamt beruht das Monitoring der Landeshauptstadt Wiesbaden somit auf drei Säulen: Integration,

Siedlungs-/Stadtteilentwicklung und Bildung. Allerdings fehlt bislang eine Ebene, die die verschiedenen Säulen und damit verbundene unterschiedliche Sichtweisen zusammenführt und eine gemeinsame Handlungsperspektive entwickelt, bei der z.B. Integration ein Thema ist. Eine Gebietsverantwortung bzw. organisatorische Kompetenz auf sozialräumlicher Ebene resultiert zurzeit lediglich aus dem Siedlungsmonitoring, so dass eine Entwicklungsstrategie für einen Stadtteil nicht zwangsläufig die Themen Integration und Bildung im Blick hat. Im Hinblick auf das sozialräumliche Integrationsmonitoring stellt sich zudem die Frage des Zuschnitts der Gebiete (Zusammenfassung der drei Säulen) und welche der vier Dimensionen eine besondere Bedeutung für ein einzelnes Quartier hat, d.h. welche Indikatoren jeweils gemessen werden sollten. Probleme bestehen teilweise im Datenschutz, bei der Beschaffung von Daten, bei Zeitverzögerungen oder in der Zeitreihendarstellung, z.B. durch Gesetzesänderungen etwa im Bereich der Sozialhilfe oder des Staatsbürgerrechts.

### *Transparenz von Bildungsdaten für die politische Diskussion*

Im Rahmen des Werkstattgesprächs im Dezember 2008 mit Vertretern ausgewählter Kommunen erfolgte im Anschluss an den Vortrag zum Integrationsmonitoring in Wiesbaden eine Diskussion über die Verfügbarkeit von Bildungsdaten und den Umgang mit diesen Daten. Gerade zu der präzisen Beobachtung auf Ebene von Sozialräumen oder einzelschulischen

<b>A</b>	<b>Strukturelle Integration</b>
A.1	Rechtliche Integration
A.1.1	Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder eine EU-Staatsangehörigkeit (in %)
A.1.2	Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)
A.2	Integration in das Bildungssystem
A.2.1	Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch unter 2 Jahren (in %)
A.2.2	Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)
A.2.3	Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)
A.2.4	Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)
A.3	Integration in den Arbeitsmarkt
A.3.1	Anteil der Beschäftigten ohne (anerkannte) Berufsausbildung (in %)
A.3.2	Anteil der geringfügig Entlohnnten an allen Beschäftigten (in %)
A.3.3	Gewerbebetriebe mit ausländischen/deutschen Inhabern bezogen auf Einwohner im erwerbsfähigen Alter (in %)
A.3.4	Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)
A.3.5	Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)
A.4	Integration in den Wohnungsmarkt
A.4.1	Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete (Segregationsindex)
<b>B</b>	<b>Kulturelle Integration</b>
B.1	Werteannäherung
B.1.1	Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau)
B.1.2	Anteil der Bevölkerung in 5- und mehr Personenhaushalten (in %)
B.2	Spracherwerb
B.2.1	Anteil der Kinder mit Defiziten der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (in %)
B.3	Gesundheit
B.3.1	Anteil der Kinder mit Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) an allen einzuschulenden Kindern (in %)
B.3.2	Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern (in %)
<b>C</b>	<b>Soziale Integration</b>
C.1	Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten
C.1.1	Anteil der Ausländer mit Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren + (in %)
C.1.2	Anteil der in Deutschland Geborenen (in %)
C.2	Multikulturelles Zusammenleben
C.2.1	Einheiratsquote. Anteil der Personen mit Partner ohne Migrationshintergrund an allen heiratenden Migranten (in %)

C.2.2	Heirats-Importquote: Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund (in %)
C.2.3	Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten (in %)
C.3	<b>Sozialkontakte zwischen Deutschen und Ausländern</b>
C.3.1	Anteil der Deutschen, die Kontakte zu Ausländern am Arbeitsplatz, in der Wohngegend, in der Familien/Verwandschaft, im Freundes-/Bekanntenkreis haben (in %)
C.3.2	Anteil der Befragten, die nachbarschaftliches Zusammenleben in ihrer Wohngegend als „weniger gut“ oder „schlecht“ beurteilen (in %)
C.3.3	Anteil der Befragten, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern im gesamten Stadtgebiet als „weniger gut“ oder „schlecht“ beurteilen (in %)
D	<b>Identifikatorische Integration</b>
D.1	<b>Einbürgerungen</b>
D.1.1	Einbürgerungen je 100 Anspruchsberechtigte

Quelle: Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Statistik und Stadtforschung

Tabelle 1: Kennzahlen zur Abbildung des Integrationsprozesses (Strukturelle, kulturelle, soziale und identifikatorische Integration)

Daten, die auch entsprechend präzise Aussagen über Defizite und damit Ansatzpunkte und Handlungsbedarfe ermöglichen, gibt es kontroverse Einschätzungen zum Umgang mit diesen Datengrundlagen. Unstrittig ist die möglichst genaue Beobachtung (unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen, die keine Rückschlüsse auf Einzelpersonen ermöglichen) durch die Kommunalverwaltung, wobei hier schon eine Reihe organisatorischer Hürden zu überwinden ist. In der Praxis der Kommunalverwaltung bestehen zudem große Widerstände, die Daten mit diesen Aussagen in den politischen Raum zu geben. Befürchtet wird, dass die messbare Benennung von Defiziten, wie z.B. geringe Übergangsquoten in Gymnasien oder gehäufte sprachliche Mängel, nicht als Aufforderung für

Verbesserungsanstrengungen interpretiert werden, sondern lediglich die Stigmatisierung von Stadtteilen oder einzelnen Schulen verstärkt.

Bei den Diskussionsteilnehmern fand die These, dass „schlechte Nachrichten“ die bekannten Schwächen lediglich verfestigen, nicht nur Zustimmung. Einerseits wurde argumentiert, dass das bewusste „Verschweigen“ messbarer Daten zu den qualitativ weitgehend bekannten schwierigen Schulen oder Wohnquartieren den konkreten Handlungsdruck verringert. Andererseits sei es die Intention sozialräumlicher Berichterstattung, dass daran konkrete Ansätze und Strategien geknüpft werden. Sozialräumliche Beobachtung wird dabei nicht als statistischer Selbstzweck, sondern als Grundlage präziser

Steuerung von Maßnahmen verstanden. Die Forderung, dass die Politik den Zugang insbesondere zu Bildungsdaten und deren Veröffentlichung ermöglichen soll, wurde mehrfach formuliert und bekräftigt. Die Offenlegung von Bildungsdaten nach Schulen und Wohnort der Schüler sei zudem hilfreich, um durch eine öffentlich geführte Debatte über die Situation an den Schulen Handlungsdruck zu erzeugen.

## Anforderungen an sozialräumlich orientierte Integrations- arbeit

*Sozialraumorientiertes Handeln stößt immer wieder an die Grenzen ressortspezifischer Fachverantwortung. Auch sozialraumorientierte Instrumente wie das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt“ haben hier bislang zu wenig nachhaltige Spuren in der kommunalen Verwaltung hinterlassen.*

### Überwindung sektoraler Fokussierung

Integrationserfolge sind mit den fachübergreifenden Entwicklungsanforderungen in den Quartieren in den unterschiedlichen Handlungsfeldern Bildung, Gesundheit, Soziales, Arbeitsmarkt, Infrastruktur oder Verkehrsgestaltung eng verknüpft. Im Rahmen der Untersuchungen der ExWoSt-Studie wurde deutlich, dass eine integrierende Sozialraum- bzw. Stadtteilorientierung häufig an die Grenzen ressortspezifischer Fachverantwortungen stößt. Dieser Befund wird von Prof. Wolfgang Hinte, Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen, auf der Basis seiner langjährigen Erfahrungen mit den kommunalen Herangehensweisen zu Sozialraumstrategien bestätigt. Integration sei kein Thema, das isoliert betrachtet werden sollte. Vielmehr gehe es um eine ganzheitliche Stadtteilentwicklung. Da es um die Gestaltung des „Zusammenlebens in einer zivilen und gerechten Gesellschaft“ geht, sollte sie neben baulichen und sozialen u.a. auch ökonomische, infrastrukturelle und bildungsrelevante Aspekte umfassen.

Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen von Prof. Hinte, dass die bisherigen Anstrengungen in den Quartieren häufig noch immer stark sektoral und projektorientiert ausgerichtet und daher noch zu wenig in Gesamtstrategien eingebettet sind. Viele Einzelprojekte werden in kurzer Zeit mit Fördergeldern und viel Engagement von einzelnen Akteuren rea-

**Prof. Wolfgang Hinte (ISSAB Essen):** „Ich halte eine spezifische kommunale Integrationspolitik für wichtig – ganz einfach deshalb, um dem Thema „Integration“ neben den zahlreichen anderen Verwaltungs-Parzellen ein entsprechendes Gewicht zu verleihen. Aber je tiefer ich in die lokalen Einheiten einsteige, je mehr ich mich also dem Quartier, dem sozialen Raum, nähere, desto zurückhaltender bin ich, das Thema Integration zu sehr sektoral zu bearbeiten. Worum geht es in unseren Quartieren? Letztlich geht es (allgemein) um die Gestaltung von zivilem Zusammenleben, und dabei ist „Integration“ ein Thema. Zudem geht es bei diesem Thema nicht nur (wie fälschlicherweise oft verkürzt gesagt wird) um Migrant/innen, sondern es geht auch um die Integration von Arbeitslosen, von Frauen, von Armutsbevölkerung und von zahlreichen anderen Randgruppen. Zum einen halte ich also die Fokussierung auf Menschen mit Migrationshintergrund für eine Einengung, und zum anderen ist mir das Thema „Integration“ ebenfalls zu eng. Mir scheint sogar, dass die Isolierung des Integrationsthemas genau das Problem ist – es geht nämlich letztlich um ganzheitliche Stadtteilentwicklung sowohl im baulichen wie auch im sozialen Bereich, und dies unter möglichst starkem Einbezug aller Bevölkerungsgruppen und zwar immer im Sinne der Interessen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen – also, noch mal: es geht um Gestaltung von Zusammenleben in einer zivilen und gerechten Gesellschaft. Und Zusammenleben umfasst vieles: Bildung, Gesundheit, Soziales, Infrastruktur, Verkehrsgestaltung, Arbeitsmarktpolitik und vieles andere mehr. – Und auch Integration, oder besser: in all diesen Sektoren geschieht Integration!“

liert, hinterlassen aber nach Ablauf der Förderphase keine nachhaltigen Spuren in der kommunalen Organisation. „Zahlreiche gelungene Projekte sind nicht deshalb gelungen, weil sie unter kluger Nutzung vorhandener kommunaler Ressourcen in Verbindung mit temporär bereitgestelltem Geld etwas erreichen, sondern weil – und das ist von Bedeutung – das persönliche Engagement bzw. die individuelle Kompetenz einzelner Akteure den entscheidenden Ausschlag für das Gelingen gab“. Die Integration wird häufig nicht als gemeinsame Aufgabe aller Ämter verstan-

den, sondern vielfach von einzelnen speziell Beauftragten umgesetzt. Prof. Hinte bemängelt in dieser Hinsicht das Fehlen einer Ebene, die verschiedene Sichtweisen zusammenführt und eine Handlungsperspektive zum Thema Integration entwickelt. Ressortgrenzen schwächen bislang eine erforderliche umfassende Quartiersverantwortung.

### Erfolgsfaktoren der Sozialraumorientierung

Als Konsequenz für die kommunale Verwaltung sowie die unterstützenden



Förderprogramme im Hinblick auf eine stärkere Raumorientierung des Verwaltungshandelns benennt Prof. Hinte u.a. auf Basis seiner Erfahrungen vor Ort folgende Aspekte als Erfolgsfaktoren. Hierbei spielen vor allem spezifische Verantwortlichkeiten und Kooperationsformen eine große Rolle:

- Eine Sozialraumorientierung in der Verwaltung muss „von oben“ gewollt und ständig demonstriert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass das Konzept in den jeweiligen Fachämtern verstanden und akzeptiert wird.
- Auf der Ebene der Verwaltung sind Gebietsbeauftragte erforderlich, die Verwaltungsressourcen räumlich bündeln.
- Auf der Ebene des Wohnquartiers sollten Stadtteilarbeiter bzw. Gemeinwesenarbeiter aktivierend und organisierend im Quartier zusammen mit der Bevölkerung arbeiten.
- Auf einer Zwischenebene sind „intermediäre Instanzen“ sinnvoll, die Schwerpunkte setzen, Projekte entwickeln und finanzielle Mittel verteilen.

Aus Sicht Prof. Hintes geht es in längerfristiger Perspektive um die Schaffung verbindlicher Strukturen, die letztlich im Idealfall in einer doppelten Verantwortlichkeit der einzelnen Akteure münden: Einerseits der ressortspezifischen Verantwortung und andererseits einer Verantwortung für die Stadtteilentwicklung, die auch mit entsprechenden Fördermöglichkeiten verbunden sein sollte. In letzter Konsequenz müssten die Verantwortungskompetenzen für die einzelnen Quartiere also auch mit entsprechenden Budgetkompetenzen ausgestattet werden.



Werkstattgespräch in Wiesbaden im Dezember 2008 (Foto: empirica)

**Begleitforschung**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

Martina Kocks  
Tel.: (0228) 401-2321  
Fax: (0228) 401-2346  
martina.kocks@bbsr.bund.de

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

**Forschungsassistenz**

empirica  
Qualitative Marktforschung, Stadt- und Strukturforschung GmbH  
Kaiserstraße 29  
53113 Bonn

Timo Heyn  
Tel.: (0228) 9148-20  
Fax.: (0228) 2174-10  
heyne@empirica-institut.de  
www.empirica-institut.de

**Herausgeber, Herstellung, Selbstverlag und Vertrieb**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)

**Schriftleitung**

Dr. Hans-Peter Gatzweiler  
Dr. Robert Kaltenbrunner

**Bearbeitung**

Martina Kocks, BBSR  
Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier, empirica  
Timo Heyn, empirica  
Katrin Kleinhans, empirica  
Katrin Wilbert, empirica

**Gestaltung und Satz**

Cosima Aschinger, empirica

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

**Bildnachweis**

Sämtliche Abbildungen und Fotos  
empirica  
Ausnahme Stadt Offenbach: Seite 8

**Zitierweise**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.),  
ExWoSt-Informationen „Migration/Integration und Stadtteilpolitik“,  
34/2 - 06/2009

Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Es wird um Zusendung von zwei Belegexemplaren gebeten.

**Alle Rechte vorbehalten**

© Bonn 2009